

Bühl (kkö). Optimismus prägte die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen kurz vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg. „Wir stehen in den Umfragen gut da. Das ist auch Ausdruck der starken Arbeit von Winfried Kretschmann“, sagte MdL Beate Böhlen, Kandidatin für den Wahlkreis Baden-Baden/Bühl. „Die Menschen haben erkannt, dass es ihnen mit Grün-Rot nicht schlechter geht. Das wirtschaftliche Wachstum liegt mit 2,4 Prozent sogar höher als in anderen Bundesländern.“ Die Koalition habe vier schuldenfreie Jahre geschafft und wolle dies fortsetzen. Das bedeute keineswegs Stillstand: Rückblende nannte sie etwa Kita-Ausbau und Breitbandversorgung; in Letztere werde man weiter „viel Geld pumpen“. Was die Flüchtlingspolitik betreffe, habe das Land Modellcharakter: Es habe Kreise und Kommunen sukzessive

„Wir stehen in den Umfragen gut da“

Die Landtagswahl prägt die Kreismitgliederversammlung der Grünen in Bühl

entlastet, jüngst auch mit der Spitzabrechnung. „Die Erstaufnahmeplätze wurden auf 50 000 erhöht, mit Gemeinschaftsunterkünften liegen wir bei 80 000.“ Das ermögliche, Flüchtlinge nicht zu schnell auf Kreise zu verteilen. „Wir konnten Zeltstädte abfedern und haben keine belegten Hallen.“ Das Drehkreuz Heidelberg erleichtere die Erstaufnahme; Identität und Profession würden bereits dort erfasst. „Kretschmann hat zudem mit der Gesundheitskarte und der Option, schon nach drei Monaten arbeiten zu dürfen, Hervorragendes geleistet.“ Bezüglich Verkehr und Infrastruktur seien unter anderem Straßen saniert – exempla-

risch nannte sie die L83 - und Radwege gebaut worden. Ziel sei nun eine funktionierende ÖPNV zum Nationalpark. Zu Energiewende und Umweltschutz sagte Hans-Peter Behrens, Zweitkandi-

Kritik an CDU und AfD

dat für den Wahlkreis: „Was Windkraft angeht, haben wir die Trendwende geschafft.“ 2015 seien 50 Anlagen errichtet worden, derzeit 120 in Bau. „Deren Leistung entspricht der des AKW Obrigheim.“

Thomas Hentschel vom Kreisvorstand reflektierte die „überaus erfolgreiche Politik von Grün-Rot“ auch anhand von Kritik aus den Reihen der CDU: „Statt sich damit auseinanderzusetzen, dass wir 400 Millionen Euro mehr in den Straßenbau investiert haben als die letzte CDU-Regierung, beschränkt sie sich auf die falsche Behauptung, dass vom Land 100 Millionen Euro für den Straßenbau nicht abgerufen worden seien.“ Die AfD wiederum arbeite mit Vorurteilen und entwerfe Angstskizzen. Sie beharre darauf, durch die aktuelle Asylpolitik würden Hunderte Millionen von Armutsflüchtlingen nach Deutschland gelockt („völliger Un-

sinn“) und die Zuwanderung führe zur Überlastung der Sozialsysteme. „Die Menschen, die kommen, sind größtenteils arbeitswillig, sie werden in dieses System einzahlen.“ Perfide sei, dass laut AfD Asylbewerber das Recht auf Arbeit und Deutschkurse verweigert, das Erlernen der Sprache und die Selbstversorgung aber Voraussetzung des Bleiberechts werden sollten. „Sie will mehr Waffen in Bürgerhand, mehr Geld für die Polizei – und die Schuldenbremse einhalten.“ CDU und AfD verunglimpften Gemeinschaftsschulen – obwohl nur dort eingerichtet, wo von Schulen, Eltern und Lokalpolitik erwünscht – als semisozialistische Gleichmacherschulen: „Dabei geht es um individualisiertes Lernen.“ Nur die ersten ihrer Art habe man stärker fördern müssen, betonte er. „Diese Schulen sind ein Erfolgsmodell.“